



75 Jahre  
Demokratie  
lebendig



Deutscher Bundestag  
Wissenschaftliche Dienste

---

## Sachstand

---

## Digitalministerien auf Bundes-, Landes-, und internationaler Ebene

**Digitalministerien auf Bundes-, Landes- und internationaler Ebene**

Aktenzeichen: WD 10 - 3000 - 039/23  
Abschluss der Arbeit: 6. November 2023 (zugleich letzter Abruf der Internetquellen)  
Fachbereich: WD 10: Kultur, Medien und Sport

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Vorbemerkung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Bundesebene</b>	<b>4</b>
<b>2.1.</b>	<b>Bundesministerium für Digitales und Verkehr</b>	<b>5</b>
<b>2.2.</b>	<b>Digitalpolitische Steuerungselemente</b>	<b>5</b>
<b>2.2.1.</b>	<b>Koordinierungsgruppe auf Staatssekretärsebene</b>	<b>5</b>
<b>2.2.2.</b>	<b>Monitoring der Digitalstrategie</b>	<b>6</b>
<b>2.2.3.</b>	<b>IT-Rat</b>	<b>6</b>
<b>2.2.4.</b>	<b>CIO-Bund</b>	<b>7</b>
<b>2.2.5.</b>	<b>IT-Planungsrat</b>	<b>7</b>
<b>3.</b>	<b>Landesebene</b>	<b>8</b>
<b>3.1.</b>	<b>Bayerisches Staatsministerium für Digitales</b>	<b>8</b>
<b>3.2.</b>	<b>Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung</b>	<b>9</b>
<b>3.3.</b>	<b>Digitalminister Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
<b>3.4.</b>	<b>Übrige Bundesländer</b>	<b>9</b>
<b>3.5.</b>	<b>D16-Treffen der Länder</b>	<b>11</b>
<b>4.</b>	<b>EU-Ebene</b>	<b>11</b>
<b>4.1.</b>	<b>Generaldirektion „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“</b>	<b>11</b>
<b>4.2.</b>	<b>Generaldirektion Informatik</b>	<b>12</b>
<b>5.</b>	<b>Internationaler Vergleich</b>	<b>12</b>

## 1. Vorbemerkung

Im April 2021 erstellte der Fachbereich WD 10 einen Sachstand über Digitalministerien auf Bundes-, Landes- und internationaler Ebene.<sup>1</sup> Dabei ging es unter anderem um die Frage, welche Organisationsstrukturen bestehende Digitalministerien aufweisen, welche weiteren Formen von digitalpolitischer Koordinierung bestehen und wer die Federführung in Digitalfragen hat. Der Auftraggeber bittet um Aktualisierung dieses Sachstands.

## 2. Bundesebene

Auf Bundesebene ist kein eigenständiges Digitalministerium eingerichtet. Digitalisierung betrachtet die Bundesregierung vielmehr als eine Querschnittsaufgabe, die sämtliche Ressorts betrifft und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich macht.<sup>2</sup> Die vielseitigen Digitalisierungsfragen werden in den Bundesministerien behandelt, deren fachliche Zuständigkeit betroffen sind.

Dementsprechend regelt das am 31. August 2022 beschlossene Eckpunktepapier „Digitalpolitik der Bundesregierung: Neuordnung der digitalpolitischen Zuständigkeiten“ nähere Einzelheiten.<sup>3</sup> Darin sind unter anderem die folgenden Ressortzuständigkeiten festgelegt:

- Bundeskanzleramt (BKAm): über einzelne Zuständigkeiten hinausgehende Beratung der Bundesregierung zu digitalpolitischen Themen (bislang Digitalrat), Digitale Identitäten, EU-Data Act
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV): Koordinierung Digitalstrategie, Gigabitstrategie, nationale Datenstrategie, Digitale Identitäten, EU-Data Act, Dateninstitut
- Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI): Digitale Verwaltungsmodernisierung und Onlinezugangsgesetz, Strategische IT-Steuerung des Bundes, IT-Rat, nationale Datenstrategie, Digitale Identitäten, Dateninstitut, Federführung zur Einrichtung Digital Service GmbH des Bundes, Cybersicherheit u.a. mit BMVg (Cyberverteidigung) und AA (Cyberdiplomatie), Federführung bei Einführung Digitalcheck von Gesetzentwürfen
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Digitale Wirtschaft und Digitalisierung der Energiewende, digitale Identitäten, nationale Datenstrategie, Strategie „Künstliche Intelligenz“ (gemeinsame Federführung mit BMBF und BMAS)

---

1 Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: Digitalministerien auf Bundes-, Landes- und internationaler Ebene, WD 10 – 3000 – 019/21, 26. April 2021, abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/844920/53939cd9de1c3c435c9af2d0dc75149c/WD-10-019-21-pdf-data.pdf>.

2 Die Bundesregierung: Digitalisierung geht nur gemeinsam, 31. August 2022, abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitaler-aufbruch/digitalpolitik-2072890>.

3 Eckpunktepapier „Digitalpolitik der Bundesregierung: Neuordnung digitalpolitische Zuständigkeiten“, abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2080044/38e85d2828bc7026eaa993d8c08cd531/2021-08-31-eckpunktepapier-digitalpolitik-data.pdf?download=1>.

- Bundesministerium für Justiz (BMJ): Weiterentwicklung des Zivilrechts für die Belange der digitalen Gesellschaft, Digitalpakt für die Justiz
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB): Aufbau eines Potentialflächenregisters und Stadtentwicklungs- und Quartiersplanung
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): IT-Sicherheitsforschung, Dateninstitut, Strategie „Künstliche Intelligenz“
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG): Telematikinfrastruktur im Gesundheitssektor

## 2.1. Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Von allen Bundesministerien trägt nur das BMDV das Wort „Digitales“ in seiner Bezeichnung.<sup>4</sup> Per Organisationserlass des Bundeskanzlers ist dem BMDV die Zuständigkeit für Telekommunikation und die nationale, europäische und internationale Digitalpolitik sowie die Zuständigkeit für operative Vorhaben der Digitalpolitik übertragen worden.<sup>5</sup>

Zwei der insgesamt elf Abteilungen dieses Ministeriums befassen sich ausschließlich mit Digitalisierungsthemen. Die Abteilung „Digital- und Datenpolitik“ und die Abteilung „Digitale Konnektivität“ behandeln Themen wie bedarfsgerechter Ausbau der digitalen Infrastruktur für künftige Anwendungen, innovationsfördernde Datenpolitik oder die Stärkung von Maßnahmen zur Unterstützung der intelligenten Mobilität. Dies umfasst auch die Unterstützung digitaler Innovationen und die Förderung unternehmerischer wie gesellschaftlicher Initiativen.<sup>6</sup>

## 2.2. Digitalpolitische Steuerungselemente

### 2.2.1. Koordinierungsgruppe auf Staatssekretärebene

Eine Koordinierungsgruppe auf Staatssekretärebene unter der Leitung des Bundesministers für besondere Aufgaben, Wolfgang Schmidt, stimmt im Bedarfsfall für wesentliche Schwerpunkte die digitalpolitische Zusammenarbeit zwischen den Ressorts ab.<sup>7</sup>

---

4 Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176).

5 BT-Drs. 20/7421 S. 3; Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176).

6 Bundesministerium für Digitales und Verkehr: Aufgaben und Struktur, abgerufen unter: <https://bmdv.bund.de/DE/Ministerium/Aufgaben-Struktur/aufgaben-struktur.html>.

7 Eckpunktepapier „Digitalpolitik der Bundesregierung: Neuordnung digitalpolitische Zuständigkeiten“, abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/2080044/38e85d2828bc7026eaa993d8c08cd531/2021-08-31-eckpunktepapier-digitalpolitik-data.pdf?download=1>.

### 2.2.2. Monitoring der Digitalstrategie

Eine weitere Staatssekretärsrunde unter Vorsitz des BMDV begleitet und steuert das Monitoring der Digitalstrategie mit den digitalpolitischen Schwerpunkten aller Bundesministerien.<sup>8</sup> Dazu zählen unter anderem die Modernisierung der Netzinfrastruktur, die Digitalisierung der Verwaltung, eine Vernetzung des Gesundheitssystems und Innovationen bei der Datennutzung.<sup>9</sup>

Die Begleitung und Steuerung der Staatssekretärsrunde erfolgt auf der Grundlage eines fortlaufenden Monitoringprozesses durch den vom BMDV eingerichteten Beirat Digitalstrategie Deutschland. Dieser setzt sich aus insgesamt 19 Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen und untersucht in seinen monatlichen Sitzungen vorab ausgewählte Projekte.<sup>10</sup>

Für die in der Digitalstrategie aufgeführten 135 Zielvorgaben pflegt das jeweils zuständige Ressort die Daten in eine Anfang 2023 aufgebaute Datenbank ein.<sup>11</sup> Diese soll einen kontinuierlichen Überblick über die erzielten Fortschritte ermöglichen und dazu beitragen, die ressortübergreifende Vernetzung zu intensivieren.

In einem vom BMDV geförderten Forschungsvorhaben soll ein praxistauglicher und wissenschaftlich fundierter Leitfaden erarbeitet werden, auf dessen Grundlage Wirkungsmessungen für ausgewählte Projekte vorgesehen sind.<sup>12</sup> Die Ergebnisse der Studie sollen Ende 2023 veröffentlicht werden und dazu beitragen, die untersuchten Projekte zu verbessern und künftige Projekte noch zielgerichteter und passgenauer planen zu können.<sup>13</sup>

### 2.2.3. IT-Rat

Laut Organisationserlass des Bundeskanzlers ist das Bundesministerium des Innern und für Heimat für die Strategische Steuerung der IT des Bundes sowie für den IT-Rat zuständig.<sup>14</sup> Letzterer

---

8 Die Bundesregierung: Digitalstrategie – Stand 25. April 2023, S. 54, abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitalisierung/digitalisierung-in-der-praxis-2223104>.

9 Die Bundesregierung: Umsetzung der Digitalstrategie. Digitaler Fortschritt in der Praxis, abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitalisierung/digitalisierung-in-der-praxis-2223104>.

10 Bundesministerium für Digitales und Verkehr (Hrsg.): Digitalstrategie Deutschland. Beirat, abrufbar unter: <https://digitalstrategie-deutschland.de/beirat/>.

11 Bundesministerium für Digitales und Verkehr (Hrsg.): Digitalstrategie Deutschland. So funktioniert das unterstützende Monitoring, abgerufen unter: <https://digitalstrategie-deutschland.de/monitoring/>.

12 Bundesministerium für Digitales und Verkehr (Hrsg.): Digitalstrategie Deutschland. So funktioniert das unterstützende Monitoring, abgerufen unter: <https://digitalstrategie-deutschland.de/monitoring/>.

13 Die Bundesregierung: Neuer „Beirat Digitalstrategie Deutschland“, abgerufen unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/digitalisierung/beirat-digitalstrategie-2146814>.

14 Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176).

hat die Aufgabe, als politisch-strategisches Steuerungsgremium für einen erfolgreichen und termingerechten Abschluss aller Vorhaben der Verwaltungsdigitalisierung Bund zu sorgen.<sup>15</sup> Dazu sollen vom IT-Rat verbindliche und abschließende Entscheidungen im von der Bundesregierung vorgegebenen Rahmen getroffen werden.

Zu den Mitgliedern des IT-Rates gehören die für Verwaltungsdigitalisierung und Informationstechnik zuständigen beamteten Staatssekretäre aller Bundesministerien, die zuständigen Abteilungsleitungen des Bundeskanzleramtes, der stellvertretende Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung sowie der leitende Beamte der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Den Vorsitz hat der Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schmidt, gemeinsam mit Dr. Markus Richter, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Heimat und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, inne.<sup>16</sup>

#### 2.2.4. CIO-Bund

Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik (kurz CIO) ist zentraler Ansprechpartner für Länder und Wirtschaft bei der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in IT-Fragen der öffentlichen Verwaltung des Bundes.<sup>17</sup> In dieser Funktion verantwortet er fachlich und politisch die operative Steuerung der Informationstechnik und Digitalisierung der Bundesverwaltung.

#### 2.2.5. IT-Planungsrat

Der Planungsrat für die IT-Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung zwischen Bund und Ländern (IT-Planungsrat) koordiniert die Bund-Länder-Zusammenarbeit in Fragen der Informationstechnik und Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, § 1 Abs. 1 IT-Staatsvertrag<sup>18</sup>. Es handelt sich um ein Gremium nach Art. 91c GG auf der Grundlage des IT-Staatsvertrages.

Mitglieder des IT-Planungsrates sind gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 seiner Geschäftsordnung (GO IT-Planungsrat)<sup>19</sup>:

- der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik als Vertreter des Bundes,
- jeweils ein für Informationstechnik zuständiger Vertreter jedes Landes.

---

15 Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik: IT-Rat des Bundes, abgerufen unter: <https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/cio-bund/steuerung-it-bund/it-rat/it-rat-node.html>.

16 § 1 I GO IT-Rat, abgerufen unter: <https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/cio-bund/steuerung-it-bund/it-rat/it-rat-node.html>.

17 Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik: CIO Bund, abgerufen unter: <https://www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/cio-bund/cio-bund-node.html>.

18 Staatsvertrag über die Errichtung des IT-Planungsrates und über die Grundlage der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG (IT-Staatsvertrag) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2853).

19 Geschäftsordnung des IT-Planungsrates nach § 1 Abs. 8 IT-Staatsvertrag, Beschlussfassung vom 17.03.2021, abgerufen unter: <https://www.it-planungsrat.de/der-it-planungsrat/rechtliche-grundlagen>.

Den Vorsitz übernehmen gem. § 1 Abs. 2 GO-IT-Planungsrat im jährlichen Wechsel der Bund und die Länder. Seit dem 1. Januar 2023 hat das Land Hessen den Vorsitz inne.

Der IT-Planungsrat strebt ein eng abgestimmtes Handeln von Bund und Ländern an, indem gemeinsame Ziele und Handlungsfelder festgelegt werden. Zudem fördert er einheitliche IT-Standards und steuert die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten.

Gemäß § 1 Abs. 5 S. 1 IT-Staatsvertrag fasst der IT-Planungsrat entweder Beschlüsse oder gibt Empfehlungen ab. Beschlüsse können Bindungswirkung entfalten, wenn sie sich nach § 2 Abs. 2 S. 2 IT-Staatsvertrag auf den Datenaustausch beziehen. Derartige Beschlüsse betreffen gemeinsame Standards für die auszutauschenden Datenobjekte zwischen dem Bund und den Ländern, Datenformate und Standards für Verfahren, die zur Datenübertragung erforderlich sind und IT-Sicherheitsstandards festlegen, § 2 Abs. 1 S. 1 IT-Staatsvertrag.

Im Umkehrschluss ergibt sich daraus, dass dem IT-Planungsrat in allen anderen Belangen keine bindende Entscheidungskompetenz zukommt.

Der IT-Planungsrat erhält gemäß § 9 IT-Staatsvertrag Finanzmittel aus den Haushalten von Bund und Ländern.<sup>20</sup> Hierzu beschließt der IT-Planungsrat einen Wirtschaftsplan, dem anschließend noch von Seiten der Länder die Finanzministerkonferenz und von Seiten des Bundes das BMI im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) zustimmen muss. Zusätzlich wird der Wirtschaftsplan auch der Konferenz des Chefs des Bundeskanzleramtes mit den Chefs der Staats- und Senatskanzleien vorgelegt.

### 3. Landesebene

Bayern hat mit dem Staatsministerium für Digitales ein eigenständiges Digitalministerium eingerichtet. In den anderen Ländern ist der Themenbereichs Digitalisierung entweder der Staats-/Senatskanzlei oder einem bzw. mehreren Fachministerien zugeordnet.

#### 3.1. Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Der Freistaat Bayern richtete am 12.11.2018 das Staatsministerium für Digitales ein, das Grundsatzeangelegenheiten, Strategie und Koordinierung behandelt und vier Abteilungen umfasst:<sup>21</sup>

- Zentrale Angelegenheiten, Recht
- Digitale Strategie und Innovationen, audiovisuelle Medien
- IT-Strategie, IT-Recht und Digitale Verwaltung
- Digitale Koordinierung

---

20 IT-Planungsrat: Wirtschaftsplan und Finanzministerkonferenz, abgerufen unter: <https://www.it-planungsrat.de/der-it-planungsrat/rechtliche-grundlagen>.

21 Bayerisches Staatsministerium für Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.stmd.bayern.de/ministerium/organisation/>.



---

Im Haushaltsplan des Freistaates Bayern hat das Ministerium den eigenen Einzelplan 16.<sup>22</sup>

### 3.2. Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung

In der Hessischen Staatskanzlei sind Kompetenzen zum Thema Digitalisierung in drei der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung zugeordneten Abteilungen gebündelt.<sup>23</sup> Die Abteilungen „Digitalisierung, Wirtschaft, Innovation“, „Konzeption und Koordination“ sowie „Verwaltungsdigitalisierung“ befassen sich mit Fragen der Künstlichen Intelligenz, den Bedürfnissen von hessischen Unternehmen in Fragen der Digitalisierung, der gesellschaftlichen Akzeptanz von Digitalisierung und Digitalisierung der Verwaltung.<sup>24</sup> Ein eigenständiges Digitalministerium ist nicht eingerichtet.

### 3.3. Digitalminister Schleswig-Holstein

Der Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holstein ist zugleich Digitalisierungsminister.<sup>25</sup> In dieser Funktion arbeitet ihm in der Staatskanzlei die Abteilung Digitalisierung und Zentrales IT-Managements der Landesregierung zu.

### 3.4. Übrige Bundesländer

In den anderen Bundesländern sind entweder die Staats- bzw. Senatskanzleien oder Fachministerien für den Themenbereich Digitalisierung zuständig. Teilweise ergibt sich dies bereits aus der Bezeichnung des jeweiligen Landesministeriums:

- Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung,<sup>26</sup>
- Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt,<sup>27</sup>

---

22 Bayerisches Staatsministerium für Finanzen und Heimat: Entwurf des Haushaltsplanes 2023 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.finanzministerium.bayern.de/haushalt/2023/haushaltsplan/Epl16.pdf>.

23 Staatskanzlei Hessen: Aufgaben und Organisation, abgerufen unter: <https://staatskanzlei.hessen.de/unser-haus/aufgaben-und-organisation>.

24 Staatskanzlei Hessen: Organisationsplan, abgerufen unter: [https://staatskanzlei.hessen.de/sites/staatskanzlei.hessen.de/files/2023-09/organisationsplan\\_ohne\\_tel.\\_hessische\\_staatskanzlei\\_september\\_2023.pdf](https://staatskanzlei.hessen.de/sites/staatskanzlei.hessen.de/files/2023-09/organisationsplan_ohne_tel._hessische_staatskanzlei_september_2023.pdf).

25 Staatskanzlei Schleswig-Holstein: Minister und Chef der Staatskanzlei: Digitalisierungsminister, abgerufen unter: [https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/digitalisierung/digitalisierung-zukunftsthema/digitalisierung-zukunftsthema\\_node.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/digitalisierung/digitalisierung-zukunftsthema/digitalisierung-zukunftsthema_node.html).

26 Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung: Übersicht, abgerufen unter: <https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/>.

27 Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt: Digitales, abgerufen unter: <https://mid.sachsen-anhalt.de/digitales>.

- 
- Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen,<sup>28</sup>
  - Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft des Freistaates Thüringen,<sup>29</sup>
  - Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg,<sup>30</sup>
  - Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern,<sup>31</sup>
  - Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Rheinland-Pfalz,<sup>32</sup>
  - Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Saarlandes,<sup>33</sup>
  - Staatskanzlei des Landes Brandenburg,<sup>34</sup>
  - Senatskanzlei Berlin,<sup>35</sup>
  - Senatskanzlei Hamburg,<sup>36</sup>
  - Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,<sup>37</sup>
  - Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation der Freien Hansestadt Bremen,<sup>38</sup>  
Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen.<sup>39</sup>

- 
- 28 Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung NRW: Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.mhkbd.nrw/>.
- 29 Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft: Digitales, abgerufen unter: <https://wirtschaft.thueringen.de/>.
- 30 Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg: Digitalisierung, abgerufen unter: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>.
- 31 Ministerium Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern: Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Ministerium/Aufgaben/>.
- 32 Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung Rheinland-Pfalz: Digitalisierung, abgerufen unter: <https://mastd.rlp.de/themen/digitalisierung>.
- 33 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie Saarland: Digitalisierung, abgerufen unter: [https://www.saarland.de/mwide/DE/themen-aufgaben/themen-aufgaben\\_node.html](https://www.saarland.de/mwide/DE/themen-aufgaben/themen-aufgaben_node.html).
- 34 Staatskanzlei des Landes Brandenburg: Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.482252.de>.
- 35 Senatskanzlei Berlin: Chief Digital Officer, abgerufen unter: <https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senatskanzlei/wir-ueber-uns/>.
- 36 Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg: Amt für IT und Digitalisierung, Chief Digital Officer, abgerufen unter: <https://www.hamburg.de/senatskanzlei/kontakt/11900822/kontakt-amt-itd/>.
- 37 Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (Hrsg.): Digitalstrategie für den Freistaat Sachsen, abgerufen unter: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/41515>.
- 38 Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation der Freien Hansestadt Bremen: Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.wirtschaft.bremen.de/innovation/digitalisierung-11175>.
- 39 Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen: Abteilung 4, abgerufen unter: <https://www.finanzen.bremen.de/ressort/abteilung-4-62316>.

### 3.5. D16-Treffen der Länder

Digitalverantwortliche der Landesregierungen treffen sich seit 2019 im D16-Format zweimal jährlich, um Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels länderübergreifend zu diskutieren. Das nächste D16-Treffen findet unter dem gemeinsamen Vorsitz von Berlin und Brandenburg am 8. und 9. November 2023 parallel zur Smart Country Convention auf der Messe Berlin statt.<sup>40</sup> Ab Frühjahr 2024 soll das Treffen als ständige Digitalministerkonferenz fortgeführt und damit weiter formalisiert werden.

## 4. EU-Ebene

Auf der Ebene der Europäischen Union schlägt die EU-Kommission Gesetze vor, überwacht die Anwendung des EU-Rechts und verwaltet die EU-Ausgabeprogramme. Sie koordiniert ihre einzelnen Zuständigkeitsbereiche in Generaldirektionen, deren Aufgabe es ist, Strategien, Rechtsvorschriften und Förderprogramme der EU zu entwickeln, umzusetzen und zu verwalten.<sup>41</sup>

### 4.1. Generaldirektion „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“

Die Generaldirektion „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“ ist mit den Digitalisierungsfragen beauftragt und für Fragen der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft zuständig.<sup>42</sup> Einen Kommissar für digitale Wirtschaft gibt es seit dem 1. Dezember 2019 nicht mehr. Die Generaldirektion „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“ untersteht derzeit dem für den Binnenmarkt zuständigen Kommissar Thierry Breton.

Die Generaldirektion „Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien“ ist in elf Direktionen gegliedert.<sup>43</sup>

- Künstliche Intelligenz und Digitale Industrie
- Digitale Dekade und Konnektivität
- Digitale Exzellenz und Wissenschaftsinfrastruktur
- Politikstrategie und Outreach

---

40 Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg: Digitalpolitik länderübergreifend gestalten – Berlin und Brandenburg übernehmen gemeinsam den Vorsitz des Digitalministertreffens D16, abgerufen unter: <https://www.berlin-brandenburg.de/digitalministertreffen-d16/>.

41 EU-Kommission: Organisationsstruktur der Kommission, abgerufen unter: [https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/organisational-structure/how-commission-organised\\_de#:~:text=Aufgabe%20der%20Generaldirektionen%20ist%20es,von%20der%20Kommission%20eingesetzte%20Programme.](https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/organisational-structure/how-commission-organised_de#:~:text=Aufgabe%20der%20Generaldirektionen%20ist%20es,von%20der%20Kommission%20eingesetzte%20Programme.)

42 Europäische Kommission: Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, abgerufen unter: [https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/communications-networks-content-and-technology\\_de#kontakt](https://commission.europa.eu/about-european-commission/departments-and-executive-agencies/communications-networks-content-and-technology_de#kontakt).

43 Europäische Kommission: Generaldirektion Kommunikation, Inhalte und Technologien. Organigramm, abgerufen unter: [https://ec.europa.eu/info/departments/communications-networks-content-and-technology\\_de#leadership](https://ec.europa.eu/info/departments/communications-networks-content-and-technology_de#leadership).

- Netze der Zukunft
- Digitale Transformation
- Politik und Regulierung digitaler Plattformen
- Daten
- Digitale Gesellschaft, Vertrauen und Cybersicherheit
- Medienpolitik
- Ressource und Unterstützung

#### 4.2. Generaldirektion Informatik

Die Generaldirektion „Informatik“ ist für die Bereitstellung digitaler Dienste zuständig, die andere Kommissionsdienststellen und EU-Institutionen in ihrem Tagesgeschäft unterstützen und die Zusammenarbeit der Behörden in den EU-Ländern fördern.<sup>44</sup> Diese Generaldirektion gliedert sich in folgende Direktionen:

- Digitale Transformation
- Digitale Ermöglicher & Innovation
- Digitaler Arbeitsplatz und Infrastruktur
- Change-Management & Ressourcen
- Cybersicherheit

### 5. Internationaler Vergleich

Auf internationaler Ebene finden sich in Japan<sup>45</sup>, Luxemburg<sup>46</sup> und Polen<sup>47</sup> eigenständige Digitalministerien. In Griechenland<sup>48</sup> gibt es ein Ministerium für digitale Verwaltung. Weitere Staaten haben ebenfalls Digitalminister, diese stehen aber keinem eigenen Ministerium vor. In den meisten anderen Staaten sind Digitalkompetenzen entweder einem starken Ministerium zugeordnet oder in der Regierungszentrale verankert.<sup>49</sup> Beispielsweise sind in Dänemark, Finnland, Zypern

---

44 Europäische Kommission: Generaldirektion Informatik, abgerufen unter: [https://ec.europa.eu/info/departments/informatics\\_de](https://ec.europa.eu/info/departments/informatics_de).

45 Handelsblatt: Wie Japan seine Verwaltung digitalisiert – Vorbild für Deutschland? 12.05.2022, abgerufen unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/technologie-wie-japan-seine-verwaltung-digitalisiert-vorbild-fuer-deutschland-/28329778.html>.

46 Die Luxemburger Regierung: Ministerium für Digitalisierung, abgerufen unter: <https://digital.gouvernement.lu/de.html>.

47 Regierung Polen: Ministerium für Digitalisierung, abgerufen unter: <https://www.gov.pl/web/cyfrizacja>.

48 Ministerium für digitale Verwaltung Griechenland, Website abgerufen unter: <https://mindigital.gr/>.

49 Hammerschmidt, Gerhard/Hildebrandt, Tim: Ist ein Digitalministerium erforderlich? Ein Blick auf internationale Erfahrungen, in: Public Governance, Sommer 2021, S. 17, abgerufen unter: [https://publicgovernance.de/media/Ist\\_ein\\_Digitalministerium\\_erforderlich\\_internationale\\_Erfahrungen.pdf](https://publicgovernance.de/media/Ist_ein_Digitalministerium_erforderlich_internationale_Erfahrungen.pdf).

und Irland die Digitalkompetenzen dem jeweiligen Finanzministerium zugeordnet, das in einer eigenen Abteilung die Digitalpolitik verantwortet.<sup>50</sup>

Die Europäische Kommission veröffentlicht jährlich einen Index über den Digitalisierungsgrad der EU-Länder.<sup>51</sup> In dem aktuellen Index vom 25.08.2023 werden Finnland und Dänemark als führende Länder genannt.

\*\*\*

---

50 Schneider, Katharina: Bloß kein eigenes Haus, in: Der Tagesspiegel, 09.11.2021, S. 6.

51 Europäische Kommission: Digitalisierungsgrad der EU-Länder nach dem DESI-Index im Jahr 2022, in: Statista Research Department, 28. Juli, 2023, abgerufen unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1016565/umfrage/digitalisierungsgrad-der-eu-laender-nach-dem-desi-index/>.